FREIBERUFLER-TICKER vom 13. November 2026

1. Vorlesen schafft Chancen: BFB engagiert sich beim bundesweiten Vorlesetag

Am 20. November 2026 engagieren sich Vertreterinnen und Vertreter des BFB beim bundesweiten Vorlesetag und lesen Kindern an mehreren Orten in Berlin und Hessen vor: in zwei ersten Klassen der Paul-Klee-Grundschule in Berlin-Tempelhof, in einer ersten Klasse der Athene-Grundschule in Steglitz-Zehlendorf sowie in einer Kita in Berlin-Prenzlauer Berg und einer Kita in Mühltal. Auf dem Programm stehen unter anderem die Bücher „Die Olchis aus Schmuddelfing“ und „Die Olchis sind da“. Auch die BFB-Mitgliedsorganisationen sind herzlich eingeladen, sich am Vorlesetag zu beteiligen. Der BFB unterstützt die Initiative bereits seit 2019, denn Sprache ist für die rund 6,2 Millionen Menschen in den Freien Berufen ein zentrales Arbeitsinstrument. In Apotheken, Arztpraxen, Anwaltskanzleien, Architekturbüros und vielen weiteren Bereichen entstehen jährlich rund fünf Milliarden Kontakte. Dabei wird zugehört, gesprochen, beraten und informiert. Frühzeitig die Freude am Lesen zu wecken und die Sprachkompetenz von Kindern zu fördern, ist daher ein Anliegen, das auch für die Freien Berufe von großer Bedeutung ist.

2. BFB unterstützt bundesweite Vorbilderaktion

Die bundesweite „Vorbilderaktion“ fand vom 9. bis zum 13. November 2026 im Rahmen des Aktionsplans „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“ statt. Dieser wurde auf Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ins Leben gerufen. Anlässlich der Aktion machten zahlreiche Institutionen gemeinsam auf die Vielfalt weiblichen Unternehmertums aufmerksam. Der BFB stellte auf seinen Social-Media-Kanälen vier Unternehmerinnen als Vorbilder aus den Bereichen Steuerberatung, Physiotherapie und Coaching vor und zeigte Frauen und Mädchen konkrete Wege in die Selbständigkeit. Der BFB beteiligte sich von Beginn an der Aktion und setzt sich dafür ein, die Vielfalt der Freien Berufe sichtbar zu machen.

3. Jahresgutachten 2026/2027 des Sachverständigenrates

Am 11. November 2026 veröffentlichte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sein Gutachten 2026/27 mit dem Titel „Finanzpolitik vor harten Entscheidungen“. Darin werden die Freien Berufe nicht adressiert. Dem Gutachten zufolge dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr real um 1,3 Prozent und 2027 um ein Prozent wachsen. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr voraussichtlich 2,8 Prozent und im kommenden Jahr 3,3 Prozent betragen. Die Arbeitslosenquote soll 2026 auf 6,4 Prozent ansteigen und 2027 auf 6,3 Prozent leicht zurückgehen. Trotz der konjunkturellen Erholung sind Deutschlands Staatsfinanzen zunehmend unter Druck, denn im Bundeshaushalt und in den Sozialversicherungen dürften die absehbaren Ausgaben die absehbaren Einnahmen mittelfristig deutlich übersteigen. Laut dem SVR dürfte das Wirtschaftswachstum durch das geringe Produktivitätswachstum der Unternehmen gebremst werden. Zwischen Unternehmen im selben Wirtschaftszweig bestünden große und anhaltende Produktivitätsunterschiede. Daher bestehe ein erhebliches Potenzial, durch die raschere Verbreitung neuer Technologien, eine effizientere Verteilung von Arbeit und Kapital sowie eine stärkere Unternehmensdynamik die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Die Förderung von Aus- und Weiterbildung könne dazu beitragen, die Produktivität der Beschäftigten zu erhöhen und den Einsatz neuer Technologien zu erleichtern. Sie ergänze damit insbesondere Investitionen in Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Bei den Sozialversicherungen sieht der SVR weiterhin erheblichen Reformbedarf. Bereits im Frühjahr 2026 hatte er für die gesetzliche Krankenversicherung effizientere Krankenhausstrukturen, eine stärkere Prävention und eine gezieltere Verwendung

der Gesundheitsausgaben gefordert. In der Pflegeversicherung sprach er sich dafür aus, Leistungen zielgenauer auszugestalten und die Finanzierung durch kapitalgedeckte Elemente generationengerechter zu gestalten.

4. IfM Bonn: KMU investieren wieder mehr

Die Investitionsbereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Deutschland steigt wieder. Wie das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn am 10. November 2026 mitteilte, überwog im dritten Quartal erstmals wieder der Anteil der Unternehmen mit steigenden Investitionen gegenüber dem Anteil der Unternehmen mit sinkenden Investitionen. Dennoch blieb die Investitionstätigkeit hinter der im Euroraum zurück. Bei Umsatz und Gewinn zeigten sich weiterhin negative Entwicklungen. Größte Herausforderungen für die KMU waren Fachkräftemangel und Kundengewinnung. Zugleich gewannen steigende Produktions- und Arbeitskosten an Bedeutung. Die Ergebnisse basieren auf einer europaweiten Unternehmensbefragung, die die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank regelmäßig in Auftrag geben. Sie fließen in das halbjährlich erscheinende KMU-Barometer des IfM Bonn ein.

5. Akademikerarbeitsmarkt: Arbeitslosigkeit steigt, Beschäftigungschancen bleiben gut

Die Zahl arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker stieg von 208.000 im September 2021 auf 360.000 im September 2026. Besonders betroffen waren Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen. Dennoch lag die Arbeitslosenquote 2025 mit 3,3 Prozent vergleichsweise niedrig. In Human- und Zahnmedizin betrug sie weniger als zwei Prozent, in den Rechtswissenschaften 3,3 und im Ingenieurwesen 3,8 Prozent. Das meldete die Bundesagentur für Arbeit am 11. November 2026.

6. Altersteilzeit: Anhebung des Mindestalters mit begrenztem Effekt auf Arbeitsangebot

Eine Anhebung des Mindestalters für den Bezug von Altersteilzeit würde das Arbeitsangebot laut einer am 11. November 2026 veröffentlichten Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nur geringfügig erhöhen. Demnach läge der Zuwachs bei maximal 0,6 Prozent. Hintergrund ist, dass nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Beschäftigten überhaupt Altersteilzeit nutzt.

7. Höhe der Renten im Jahr 2025

Die Medianrente der Versichertenrenten ist nach Angaben der Bundesregierung von 728 Euro 2010 auf 1.201 Euro 2025 gestiegen. Besonders langjährig Versicherte erhielten 2025 eine Medianrente von 1.653 Euro. Dennoch lagen Ende 2025 rund 10,2 Millionen Versichertenrenten und damit 64,9 Prozent aller Renten unter dem EU-SILC-Schwellenwert der Armutsgefährdung von 1.446 Euro monatlich. Bei Frauen betrug dieser Anteil 80,1 Prozent, bei Männern 45,6 Prozent. Die Daten gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Entwicklung von Rentenzahlungen und Altersarmut hervor, über die der Deutsche Bundestag am 9. November 2026 berichtete. Aus der Antwort geht auch hervor, dass 80 Prozent derjenigen, die 2025 eine Versichertenrente unter 1.450 Euro bezogen haben, Frauen waren.

8. Integrationsbericht der Bundesregierung vorgestellt

Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration stellte am 11. November 2026 den Integrationsbericht im Bundeskabinett vor. Er zeige, dass die Integration in Deutschland insgesamt so erfolgreich sei wie nie zuvor. Dabei erreichte besonders

die zweite Generation, also die Nachkommen von Eingewanderten, deutlich höhere Bildungsabschlüsse als ihre Eltern und verbesserte damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig bestehen für Menschen, die selbst eingewandert sind, insbesondere für Frauen, weiterhin erhebliche Hürden bei Bildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Teilhabe. Als wichtige Erfolgsfaktoren nennt der Bericht Kontakte am Arbeitsplatz, Berufssprachkurse sowie gezielte Förderprogramme für Frauen und benachteiligte Kinder. 2025 lebten 21,8 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland, die einen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zum Funktionieren zentraler gesellschaftlicher Bereiche leisten.

9. 70 Prozent der Eingewanderten sind erwerbstätig

Wie das Statistische Bundesamt am 11. November 2026 mitteilte, waren 2025 70 Prozent der nach Deutschland eingewanderten Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren erwerbstätig. Gegenüber 2005 ist die Erwerbstätigenquote damit um 13 Prozentpunkte gestiegen. Dennoch liegt sie weiterhin unter der Quote von Menschen ohne Einwanderungsgeschichte, die bei 81 Prozent liegt. Besonders große Unterschiede zeigen sich zwischen Frauen und Männern: gut drei Viertel der eingewanderten Männer, aber nur 62 Prozent der eingewanderten Frauen waren erwerbstätig. Auch beim Einkommen bestehen Unterschiede: Vollzeitbeschäftigte Eingewanderte verdienten 2025 im Median 3.494 Euro brutto monatlich und damit 16 Prozent weniger als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (4.165 Euro).

10. Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger um 0,7 Prozent gesunken

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 11. November 2026 mitteilte, wurden in Deutschland zu Beginn des Schuljahres 2026/2027 rund 805.200 Kinder eingeschult, ein Rückgang von 0,7 Prozent zum Vorjahr. Damit setzt sich der Rückgang der Einschulungszahlen zum zweiten Schuljahr in Folge fort. Als Gründe nennt Destatis vor allem die gesunkenen Geburtenzahlen 2020 sowie die rückläufige Zuwanderung von Kindern aus dem Ausland. Besonders starke Rückgänge gab es in Mecklenburg-Vorpommern (minus 4,5 Prozent), Thüringen (minus 4,3 Prozent) und Brandenburg (minus 3,7 Prozent); gestiegen sind die Zahlen hingegen im Saarland (plus 8,7 Prozent), in Bayern (plus 1,8 Prozent) und Niedersachsen (plus 0,5 Prozent).

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 27. November 2026

PARTNER DES BFB DKV Deutsche Krankenversicherung
Gemeinsam für starke Freie Berufe!